



Institut für Medienverantwortung

IMV Institut für
Medienverantwortung
gUG (haftungsbeschränkt)
Goethestraße 6
91054 Erlangen

Fon +49 9131 933 277-8
Fax +49 9131 933 277-9
www.medienverantwortung.de
info@medienverantwortung.de

Kommentar, 31.01.2012
© Dr. Sabine Schiffer

Bundestagesequete zur Medienkompetenz

Unzureichende Empfehlungen durch fehlendes Gesamtkonzept

Der Name der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ verrät bereits die einseitige Sicht auf das, was mit „Medienkompetenz“ gemeint ist. Dementsprechend sind die Empfehlungen verkürzt und machen sich nur am technischen Fortschritt fest. Im Zwischenbericht, der im Januar vorgestellt wurde, schlägt sich Altbekanntes nieder: Man orientiert sich mehr an den Wünschen der IT-Branche statt am Mediennutzer. Dringend wäre also eine Prüfung der als best-practice Beispiele gelobten und nicht selten durch die Branche gesponserten Medienkompetenz-Initiativen im Anhang geboten.

Der Medienpädagogik wird eine Heilsbringerfunktion für mediale Defizite zugeschrieben, die sie nicht hat. So belegt der Medienpädagoge Werner Hopf, dass sich durch die gelobten Schulungen keine positiven Wirkungen auf eine veränderte Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen ergeben. Das scheint aber auch nicht Ziel des Ganzen zu sein, denn der Text des Berichts verrät: „Wenn erst jeder Schüler seinen (Lern-)Computer mit in den Unterricht bringt, werden alle Beteiligten dazu gezwungen sein, sich mit dem Internet auseinanderzusetzen.“ (S. 4) Diese Begrüßung von Zwang ignoriert neuere Langzeitforschungen aus den USA, die zur Abschaffung etlicher LapTop-Klassen führten, weil diese sich durch zu viel Ablenkung als bildungspolitisches Fanal erwiesen hatten.

Man kann sich durch die Lektüre des gesamten Berichts hindurch nicht des Eindrucks erwehren, dass massive Wirtschaftsförderung im Sinne von Ausstattung mit Hard- und Software für Bildungseinrichtungen und Privathaushalte betrieben wird, die dann mit dem Mäntelchen der Pädagogik kind- und jugendgerecht, ja sogar als primär bildungsrelevant, verkauft werden. Dies hat nicht zuletzt durch eine erfolgreiche Lobbyarbeit des Bundesverbands Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) zum Konzept sog. „Computerspielepädagogik“ geführt, das im Bericht kritiklos einbezogen wird.

Und das Lob auf Initiativen wie „Keine Bildung ohne Medien“ mutet schon fast komisch an, weil es suggeriert, dass Schulbücher und Zeitungen gar nicht als Medien zählen. Dabei kann man beispielsweise image-literacy lange vor dem Einsatz technischer Hilfsmittel schulen. Dass aber gerade für kleine Kinder durch das reduzierte, visuelle Wahrnehmungsangebot bildschirmbasierter Produkte Gefahren für die Entwicklung aller Sinne ausgehen, verschweigt der Bericht. So wird im Zwischenbericht auch nicht zwischen Grundschulkindern und älteren Schulkindern unterschieden. Medienkompetenz ist hier ausschließlich an Technik und Internet gebunden – eine wichtige Aufgabe für später und laut Branchenkennern auch kein Problem, es zum gegebenen Zeitpunkt zu lernen. Vielleicht sollte man also weniger die Pädagogen und Eltern schelten, die nicht up to date seien, sondern die Kultusministerien, die es bis heute versäumt haben, Lehrpläne

zu entwickeln und evaluiertes didaktisches Material für den Unterricht zur Verfügung zu stellen. Dieses sollte sich an der Wahrnehmungsentwicklung der Kinder und nicht an den Interessen der IT-Industrie orientieren – denn mit falschen Konzepten richtet man ein bildungspolitisches Desaster an, das die Kinder mit ihren Familien ausbaden müssen.

Solange, wie auch im Enquete-Bericht nur Nutzungsstudien als Grundlage für Entscheidungen herangezogen werden, lässt sich allenfalls von „Medienschutz“ und nicht von „Jugendmedienschutz“ sprechen. Denn es handelt sich dabei um die Selbsteinschätzung der Befragten. Diese „Umfragen“ werden durch den Begriff „Studie“ aufgewertet und suggerieren, dass es sich um eine Prüfung der dort gemachten Aussagen handelt. Auch hier steht eine Evaluation der Behauptungen noch aus.